

Familienzentren in NRW – Abschluss der Pilotphase – Eine Etappe auf dem Weg in eine bessere Zukunft!?

Mit der am 4.6.2007 im Landschaftspark Duisburg gefeierten Abschlussveranstaltung der Pilotphase des Landesprojektes „**Familienzentrum NRW**“ wurde die einjährige Entwicklung mit der Zertifizierung der Piloteinrichtung beendet. Mehr als 1.500 Personen erlebten zudem die Verleihung von 25 Innovationspreisen an Einrichtungen, deren Arbeit in besonderer Weise anerkannt wurde. Das große Interesse zeigt, das mit dem Projekt der Förderung von Familienzentren das Land NRW in zutreffender Weise eine überfällige Entwicklung aufgegriffen und beschleunigt hat. Dies ist für viele Beteiligte, die nicht nur im vergangenen Jahr mit einer immensen Kraftanstrengung an der Weiterentwicklung ihres Angebote gearbeitet haben, eine Würdigung ihrer Arbeit. Die Veranstaltung hat aber auch darüber hinaus dazu beigetragen, dass der Elementarbereich des Bildungswesens mit seinen Kooperationspartnern in zutreffender Weise eine Anerkennung erhalten hat. Die Veranstaltung hat mit den Beiträgen und vor allem mit dem Festvortrag des Ministers aber auch auf perspektivische Konsequenzen und kritische Aspekte hingewiesen. In den Reaktionen der Zuhörenden auf Behauptungen des Ministers wurde deutlich, dass hinter der Feierstimmung auch Unmut besteht.

Inhalte der Beiträge

Herr Prof. Dr. Wolfgang Tietze berichtete zum Stand der Entwicklung und der Kriterien guter Arbeit u.a.:

Die Einführung der Familienzentren in NRW hat eine über das Land selbst herausragende Bedeutung. Die Abschlussveranstaltung beendet zwar die Pilotphase, sie stellt aber auch den Neubeginn dar, da jetzt noch mehr Einrichtungen einbezogen werden.

Mit dem Gütesiegel ist ein neues Steuerungsinstrument eingeführt worden, das die bisherige Finanzierung von Leistungen ablöst und die Förderung von der Erreichung von Zielen abhängig macht. Es sei der Einstieg in die Umstellung von der Input- zur Output-Steuerung.

Der Kindergarten, der mit einer Bedarfsdeckung von rd. 90 % quasi eine Vollversorgung sicherstelle, habe als Bestandteil der öffentlichen Erziehung eine andere Bedeutung erhalten. Jetzt müssten die Verbindungen zu Familie und Schule stärker beachtet werden. Mit den Familienzentren werde sichergestellt, dass der Einfluss der Familie auf die Leistungen bedeutsam werden könne.

Damit auch die Qualität der Familienzentren sichergestellt sei, sie mit dem Gütesiegel ein entsprechendes Instrument geschaffen worden, durch das garantiert würde, dass das erfüllt würde, was nach außen hin versprochen wird.

Zudem wird durch sichergestellt:

- Einrichtungen haben eine klare Orientierung,
- die fachpolitische Steuerung sei zielgenau,
- die Förderung kann pauschal erfolgen,
- der Aufwand für den Erwerb des Gütesiegels sei geringer als die Aufwendungen für die Bewirtschaftung nach der Inputsteuerung (Subventionierung z.B. nach dem GTK),
- den Eltern werden Anhaltspunkte über die zu erwartende Qualität an die Hand gegeben.

Bei der Überprüfung, ob die Voraussetzungen für ein Gütesiegel erfüllt werden, sei eine Vollständigkeitsprüfung, eine Selbstauskunft, eine Dokumentenanalyse und eine Überprüfung von etwa 30 % aller Einrichtungen nach dem Zufallsprinzip erfolgt. Der Aufwand lag bei 7 bis 8 Stunden pro Einrichtungen.

So wie zukünftig weitere Evaluationen erforderlich seien und das Gütesiegel nach 4 Jahren neu erworben werden müsse, soll auch eine Überprüfung des Verfahrens selbst erfolgen.

Nachdem Herr Dr. Jordan bis zum verspäteten Eintreffen des Ministers zunächst darauf hingewiesen hatte, dass das Gütesiegel durch das externe Institut PädQUIS vergeben wird und die Teilnehmenden mit Yoga-Übungen für eine Überbrückung sorgen sollten, führte Herr Minister Laschet anschließend u.a. aus:

Familienzentren sind und werden in NRW flächendeckend eingeführt. Sie sind ein Verdienst derjenigen, die die Arbeit getan haben. Es sei durch diese Arbeit eine Verbesserung für Kinder zustande gekommen.

Der Bereich Bildung im Elementarbereich hat eine angemessenere Bedeutung erhalten. Dies zeige sich u.a. auch an dem vorgesehenen Ausbau für Kinder unter 3 Jahren (nach dem „Krippengipfel“), durch den die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sichergestellt werden soll. Für den Ausbau auf 20% Bedarfsdeckung im Jahr 2010, 30 % im Jahr 2013 werden zusätzlich qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher benötigt. Die Räume stünden ja zur Verfügung.

Es komme insgesamt darauf an, dass Kinder früher gebildet werden.

Er werde dafür kämpfen, dass die Demographiegewinne im System bleiben. Es sollen zusätzliche Mittel zur Förderung im Elementarbereich eingesetzt werden.

Die Landesregierung gehe davon aus, dass die Weiterentwicklung von Familienzentren von Tageseinrichtungen ausgehen müsse. Für diese sei vorgesehen, dass in dem Kinderbildungsgesetz ein Rechtsanspruch auf Förderung als Familienzentrum enthalten sein soll. Mit dem Kinderbildungsgesetz soll auch die Sprachförderung ausgebaut werden, da in NRW 38% der Kinder im Alter von 0 bis 6 Jahren einen Migrationshintergrund haben.

Mit dem Gütesiegel sei ein Qualitätsstandards entwickelt worden, an denen sich die Praxis orientieren könne. Diese Kriterien seien mit den Beteiligten erarbeitet worden und erfassen Leistungen und Strukturaspekte, die nicht zum allgemeinen Standard von Tageseinrichtungen gehören. Familienzentren sollen einen stabilisierenden Einfluss im Stadtteil ausüben. Neue Familienzentren werden im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung ausgewählt und erhalten ab 1.8.2007 die zusätzliche Landesförderung in Höhe von 12.000 €.

Nach der Pilotphase bestehe jetzt die Chance, dies weitergehend umzusetzen, was sich in der Fläche bewährt habe. Mit dem abschließenden erneuten Dank wies er darauf hin, dass die Beteiligten das ausgefüllt haben, was sich Menschen an Schreibtischen ausgedacht hätten.

Mit Geraune und Gelächter wurde während des Beitrags von Herrn Laschet im Zusammenhang mit seinen Hinweisen auf den Ausbau von Angeboten für Kinder unter 3 Jahren, die zusätzlich zur Verfügung gestellten Landesmitteln, die Ausweitung von Arbeitsplätzen und die erhöhte Landesförderung reagiert. Damit wurde zum Ausdruck gebracht, dass die derzeit bestehenden Bedingungen nicht als angemessen und die Behauptungen in Bezug auf Verbesserungen nicht geteilt wurden. In einer zu der Veranstaltung herausgegebenen Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege vom 1.6.2007 wird festgestellt, dass das Gütesiegel kein Ausweis für die fachliche Qualität ist, da z.B. nicht ausreichend zwischen den Leistungen eines Familienzentrums und denen anderer Tageseinrichtungen unterschieden werde, die nach den bundesgesetzlichen Vorgaben zu erfüllen sind. Es wird gefragt, warum nicht alle Tageseinrichtungen im Rahmen der Aufgabenerfüllung nach den Anforderungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes den Anspruch auf den Titel und damit die zusätzliche Förderung erhalten. (Die Stellungnahme wird an anderer Stelle im vollen Wortlaut als Beitrag zum weiterhin erforderlichen fachlichen Diskurs abgedruckt.)

Anmerkungen zu den Beiträgen:

Es ist überfällig, und darauf wurde bereits eingangs hingewiesen, dass dem Elementarbereich des Bildungswesens eine größere Bedeutung beigemessen wird. Mit der Unterstützung von Familienzentren wird eine Entwicklung aufgegriffen, die in der Praxis schon längst Realität ist und im Bundesgesetz im § 22 a im Kern auch als Aufgabenstellung für alle Tageseinrichtungen ausgewiesen ist. Wenn sich jetzt viele Einrichtungen um eine Beteiligung bemüht haben, so darf das Ministerium nicht annehmen, dass dies aufgrund seiner am Schreibtisch ausgedachten Initiative entstanden ist. Es ist für viele Einrichtungen die einzige Möglichkeit, die Bereitschaft zur Weiterentwicklung zu realisieren und sich evtl. Vorteile bei Kampf um Ressourcen zu sichern, zumal die Kürzungen aus der Vergangenheit und dem Landeshaushalt 2006 mit rd. 194 Mio. € ein deutliches Zeichen war, dass der Elementarbereich in dieser Landesregierung weniger Bedeutung als der Schulbereich hat.

Der Minister hatte selbst die Kürzungen des Landeshaushalts 2006 im Umfang von 11 % sogar als Ausweis der positiven Schwerpunktbildung der neuen Landesregierung ausgewiesen, da in anderen Bereichen noch mehr gekürzt und nur im Schulbereich „draufgesattelt“ wurde!

Es ist erstaunlich, dass mit der Einführung des Gütesiegels eine Umstellung der Finanzierungssteuerung erfolgen soll, die zukünftig verstärkt über Pauschalen erfolgen soll. Wenn jedoch nicht die Grundlagen für eine Pauschale nicht angemessen sind, um eine Aufgabenstellung auch umfassend erfüllen zu können, stellt das System einer pauschalierten Förderung nur ein Mittel für Kürzungen und Verschlechterungen dar. Solange Pauschalen nicht so ausgerichtet sind, dass sich die Einrichtungen auf einen unvorhersehbaren Bedarf eingehen können, und von der Höhe her von auf Durchschnittskosten basieren, die nicht dem aktuellen Stand entsprechen, ein unakzeptables Kürzungsinstrument.

Auch wenn es immer wieder betont wird, dass die Gütesiegelkriterien mit den Beteiligten in der Praxis erarbeitet wurde, so ist dieser Ansatz in keiner Weise geeignet, qualitative Aussagen zu treffen, da er ausschließlich auf quantitativen Aspekten ausgerichtet ist. Damit ist für Eltern überhaupt keine Sicherheit geben, in welcher Weise die Beziehungsarbeit zu ihrem Kind geleistet wird. Dieser Ansatz lässt die bestehende Bildungsvereinbarung mit ihren Mitteln zur Wahrnehmung von Entwicklungen völlig außer acht und tut so, als wenn durch Analyse von Dokumenten und Verzeichnissen auf Qualität geschlossen werden könnte. Wieso wird ein solches formales Verfahren, das nicht an den inhaltlichen Entwicklungen der Bildungsarbeit in NRW überhaupt nicht „kompatibel“ ist, als Grundlage für die Arbeit in NRW herangezogen, obwohl es passendere Ansätze gibt?

Auch wenn das Land in die Entwicklung des Gütesiegels, viel Geld z.B. die in die Begleitung und die Abschlussfeier der Pilotphase Mittel gesteckt hat, ist zu beachten, dass in erheblichem Maße seit dem Jahr 1998 Kürzungen im Elementarbereich erfolgt und 2006/2007 getoppt wurden, so dass die jetzt für wenige Einrichtungen vorgesehenen zusätzlichen Mittel, die auch in einem zukünftigen Kinderbildungsgesetz bereitstehen sollen, längst nicht die Kürzungen kompensieren. Um alleine die Kürzungen der Vergangenheit auszugleichen, müssten 1,4 Mrd. € und zusätzliche Mittel für Verbesserungen bereitgestellt werden. Es ist schon ein Stück „Zynismus“, wenn die geringeren Kinderzahlen durch den Minister als „demographischer Gewinn“ bezeichnet wurden. Bereits im Jahr 1990 wurde im Hinblick auf die damals prognostizierten zurückgehenden Kinderzahlen darauf hingewiesen, dass dieser Effekt zu einer Verringerung der Gruppenstärke genutzt werden soll. Es ist jetzt überfällig, die Gruppenstärke und damit das Verhältnis Kinder – Mitarbeiterinnen jetzt dringlich zu vermindern. Der prognostizierte Rückgang um 13 % würde ein Absenkung der Regelgruppenstärke bei Kindergartengruppen gerade mal von 25 auf 22/23 Kinder ermöglichen. Statt dessen wird mit den vorgesehenen neuen Pauschalierungssystem sogar noch die Überschreitung der Gruppenstärke angeregt.

Mit dem Hinweis des Ministers auf die erreichten Bedarfsdeckungsquoten und den nicht mehr notwendigen Ausbau sowie die Verbesserung der Ausstattungsbedingungen in Einrichtungen für Kinder unter 3 Jahren und Eltern, wird deutlich, dass die Landesregierung davon ausgeht, dass

die notwendigerweise zu schaffenden Plätze durch Umwandlung und durch Tagespflege realisiert werden können. Damit wird außer acht gelassen, dass die viele ältere Einrichtungen dem heutigen Standard längst nicht mehr entsprechen und Anpassungen aufgrund der Kürzungen in der Sachkostenförderung schon seit 2004 immer weniger realisierbar waren.

Es ist gut, dass der Elementarbereich größere Bedeutung erlangte. Es kommt aber jetzt auch darauf an, die Rahmenbedingungen tatsächlich zu verbessern und alle Einrichtungen in ihrer Weiterentwicklung zu unterstützen. Dazu wird es notwendig sein, dass mit dem Ende der Pilotphase zu Familienzentren Fortbildungs- und Begleitungsangebote nicht enden, sondern dass gerade hier auch investiert wird.

Die Weiterentwicklung ist notwendig und überfällig. Notwendig und überfällig ist aber auch die tatsächliche Verbesserungen der Arbeits- und Förderbedingungen, so wie dies die neue Landesregierung in dem Koalitionsvertrag versprochen hatte.

Oder: Hatte sie sich nur versprochen?

Die Freie Wohlfahrtspflege kritisiert die Verleihung von Gütesiegeln

Im Zusammenhang mit der Abschlussveranstaltung der Pilotphase am 4.6.2007 hat die Freie Wohlfahrtspflege deutliche Kritik an der Verleihung, der Form der finanziellen Förderung und der vorgesehenen Übernahme dieser neuen Organisationsform in ein Kinderbildungsgesetz geäußert. Von einer Übernahme in das vorgesehene Kinderbildungsgesetz sollte zunächst abgesehen werden, da die Auswertung und Bewertung der Ergebnisse überhaupt noch nicht vorliegt.

Die ausführliche Stellungnahme wird nachfolgend abgedruckt.

(siehe gesonderte Anlage)